Deutscher Bundestag
7. Wahlperiode

Drucksache 7/5017

09. 04. 76

Sachgebiet 95

Bericht und Antrag

des Ausschusses für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen (14. Ausschuß)

zu dem von der Bundesregierung zur Unterrichtung vorgelegten Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates über ein Referenztarifsystem für die Beförderung von Gütern in der Binnenschiffahrt zwischen den Mitgliedstaaten
— Drucksache 7/4541 —

A. Problem

Im grenzüberschreitenden Binnenschiffsgüterverkehr gibt es zur Zeit keine Tarifbindung. Überkapazitäten und Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten haben zu einem starken Ratenverfall geführt.

B. Lösung

Die EG-Kommission will unverbindliche Preisempfehlungen in Form eines Referenztarifsystems einführen.

(Einmütige Ablehnung im Ausschuß)

C. Alternativen

entfallen

D. Kosten

entfallen

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53 Bonn 1
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Postfach 821, Goethestraße 56, Telefon (0 22 21) 36 35 51

A. Bericht des Abgeordneten Dreyer

Der in Drucksache 7/4541 enthaltene Verordnungsentwurf wurde mit Schreiben des Präsidenten des Deutschen Bundestages vom 16. Januar 1976 dem Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen zur Beratung überwiesen. Der Verkehrsausschuß hat die Vorlage in seiner Sitzung am 7. April 1976 behandelt.

In der grenzüberschreitenden Binnenschiffahrt gibt es zur Zeit — im Gegensatz zur nationalen Fahrt — keine Tarifbindung. Das freie Frachtensystem hat jedoch nicht zu einer befriedigenden Preisbildung geführt. Überkapazitäten und ein zurückgehendes Ladungsangebot haben vielmehr einen erheblichen Ratenverfall verursacht. Darüber hinaus haben auch Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten den Verkehrsmarkt in diesem Bereich zusätzlich belastet. Dieser Entwicklung kann durch die Einführung einer verbindlichen Tarifordnung auch für den Bereich der grenzüberschreitenden Binnenschiffahrt nicht begegnet werden, weil dem schon rechtlich die Rheinschiffahrtsakte entgegensteht, in der ausdrücklich der Grundsatz der Freiheit der Schiffahrt auf dem Rhein und auf allen Nebenflüssen des Rheines garantiert wird. Die Entwicklung auf dem Verkehrsmarkt geht außerdem allgemein mehr in Richtung einer eigenverantwortlichen Tarifbildung.

Die EG-Kommission macht daher den Vorschlag, durch EG-Verordnung wenigstens unverbindliche Preisempfehlungen in Form eines Referenztarifsystems einzuführen. Der Verkehrsausschuß hält jedoch ein solches Vorgehen nicht für sinnvoll, weil dem erheblichen Verwaltungsaufwand ein entsprechender Nutzen nicht gegenüberstehen würde. Solange die Wettbewerbsverzerrungen zwischen den EG-Mitgliedstaaten auf dem Verkehrsmarkt weiterbestehen und solange übersetzte Kapazitäten in der Binnenschiffahrt auf ein zu geringes Ladungsaufkommen stoßen, ist von unverbindlichen Preisempfehlungen keine stabilisierende Wirkung zu erwarten. Der Ausschuß hält es statt dessen für erforderlich, dem gegenwärtigen Ratenverfall in der internationalen Binnenschiffahrt durch verstärkten Abbau der Überkapazitäten zu begegnen. Er schlägt eine entsprechende Entschließung vor und empfiehlt im übrigen Kenntnisnahme von dem Bericht.

Bonn, den 7. April 1976

Dreyer

Berichterstatter

B. Antrag des Ausschusses

Der Bundestag wolle beschließen,

1. von dem Verordnungsentwurf in Drucksache 7/4541 wird Kenntnis genommen,
2. die Bundesregierung wird ersucht, dem Verordnungsvorschlag nicht zuzustimmen.

Bonn, den 7. April 1976

Der Ausschuß für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

Börner	**Dreyer**
Vorsitzender	Berichterstatter